

Ob als Kindersoldat*innen, in Zwangsehen oder in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen: Mindestens 40 Millionen Menschen sind von moderner Sklaverei betroffen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Datenlage analysiert und Entwicklungen in vielen Weltregionen beleuchtet, unter anderem in Brasilien.

An unsichtbaren Ketten

Atlas der Versklavung macht Ausbeutung und Zwangsarbeit weltweit sichtbar

Mindestens 40 Millionen Menschen sind derzeit von moderner Sklaverei betroffen. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat die Daten aufgearbeitet.

HAIDY DAMM

»Sklaverei erscheint den meisten Menschen als Relikt aus vergangenen Zeiten. Und wenn nicht das, dann zumindest als abstraktes und weit entferntes Phänomen. Aber sie ist ganz nah, im Palmöl unserer Kosmetika, unserer Kleidung und den Rohmaterialien in unseren Smartphones«, sagte Daniela Trochowski, Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung anlässlich der Veröffentlichung des »Atlas der Versklavung« am Mittwoch in Berlin.

Die Autor*innen der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Broschüre untersuchen zahlreiche Daten und Fakten über Zwangsarbeit und Ausbeutung. Besonders häufig treffe jede Art von Zwangsarbeit Menschen, die sozial ausgegrenzt werden, auf der Flucht sind oder keine Papiere haben, die nicht lesen und schreiben können, oder Menschen, die sich verschuldet haben. »Extreme Ungleichheit macht Menschen verwundbar und unterdrückbar«, so Trochowski.

.....

»Sklaverei kann nur dadurch beendet werden, dass die Wirtschaft reguliert, der Zugang zu sozialen Rechten verbessert und legale Formen der Migration ermöglicht werden.«

Daniela Trochowski

Geschäftsführerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

.....

Rein rechtlich ist die Sklaverei fast überall auf der Welt abgeschafft. So heißt es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: »Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.« Dennoch sind laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) heute mehr Menschen versklavt als jemals zuvor, nämlich mindestens 40 Millionen.

Dabei ist die Definition, welche Ausbeutungsverhältnisse unter »moderne Sklaverei« fallen, keineswegs eindeutig. Dazu gehört sicher die fehlende Einwilligung zu einer Arbeit etwa unter Androhung von Gewalt. Zu den Kriterien können auch strukturelle Ge-

walt und Armut gehören, wenn sie Menschen in die Sklaverei führen, weil sie keine Alternative haben. Oder wenn Arbeitsbedingungen als illegal eingestuft werden sowie Grenzen der Zumutbarkeit überschreiten. Zwangsarbeit ist also eine durchlässige Kategorie. So wechseln Arbeitskräfte oft innerhalb relativ kurzer Zeiträume zwischen Zwangsarbeit und weniger gravierenden Formen der Arbeitsausbeutung hin und her – etwa in der Landwirtschaft, beim Rohstoffabbau, auf Kakaopflanzungen oder in der Hochseefischerei. Als Formen der Versklavung werden aber auch die Rekrutierung von Kindersoldat*innen, Zwangsehen und Zwangsprostitution eingeordnet.

Europa ist an extremen Formen der Ausbeutung einerseits dadurch beteiligt, dass ein Großteil der unter solchen Bedingungen produzierten Konsumgüter in den Industriestaaten verkauft wird. Andererseits sind auch in Europa selbst besonders Migrant*innen der Gefahr ausgesetzt, in Schuldknechtschaft zu geraten, auch weil sie häufig hohe Summen für ihre Einreise zahlen. Können sie ihre vermeintlichen Schulden nicht abarbeiten (und das System ist in der Regel so angelegt, dass das nicht möglich ist), geraten sie in einen Strudel von Abhängigkeiten. So zählt Ungarn laut Global Slavery Index 36 000 Opfer von Sklaverei, in Tschechien werden hoch verschuldete Migrant*innen in der Drogenproduktion eingesetzt. In Rumänien und Südeuropa rekrutieren Viehzüchter Hirten unter den »Ärmsten der Armen«, heißt es im Atlas.

In der Landwirtschaft Italiens sind laut Branchengewerkschaft FLAI-CGIL über 430 000 Menschen in mafiöse Strukturen eingebunden. 100 000 von ihnen leben unter unwürdigen Bedingungen in illegalen Slums ohne jegliche Infrastruktur. Sie ernten Äpfel, Weintrauben, Melonen, Erdbeeren, Tomaten – jeden Tag bis zu 14 Stunden, von vier Uhr morgens bis abends um sechs. Im gesamten Niedriglohnsektor wie der Fleischindustrie, der Gastronomie, der Baubranche oder der Pflege haben migrantische Arbeitskräfte ein besonders hohes Risiko, ausgebeutet zu werden. »Das geschieht unter Ausnutzung einer persönlichen oder wirtschaftlichen Notlage, der Unkenntnis von Sprache und Arbeitsrechten, mittels Täuschung und Drohungen – unsichtbar und ganz ohne Ketten«, sagt Kim Weidenberg von »Arbeit und Leben Berlin Brandenburg«. Auch in Deutschland.



Offiziell ist Kinderarbeit in den Kohleminen in Indien verboten. Tatsächlich wird diese Ausbeutung kaum juristisch belangt.

Sklaverei existiert also keineswegs nur in illegalen Branchen wie dem Drogenhandel, sondern auch dort, wo sich legale Wirtschaftstätigkeit mit informeller Arbeit überschneidet. Die ILO schätzte 2014, dass die jährlichen Gewinne aus Sklaverei und Zwangsarbeit in der EU und den entwickelten Ländern des globalen Nordens bei mindestens 47 Milliarden US-Dollar liegen, weltweit bei über 150 Milliarden US-Dollar.

Gute Gesetze wie in der Europäischen Union reichen also nicht, um Zwangsarbeit und Ausbeutung zu bekämpfen. »Sklaverei

kann nur dadurch beendet werden, dass die Wirtschaft reguliert, der Zugang zu sozialen Rechten verbessert und legale Formen der Migration ermöglicht werden«, sagt Daniela Trochowski.

Problematisch ist laut Rosa-Luxemburg-Stiftung allerdings, dass die Daten etwa der ILO über Zwangsarbeit und andere Ausbeutung sehr lückenhaft sind. So erfasste etwa das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung insgesamt 534 verschiedene Routen des Menschenhandels. Mehr als 120 Länder gaben an, Betroffene

aus über 140 verschiedenen Herkunftsländern entdeckt zu haben. Gleichzeitig werden nur etwa 0,2 Prozent der weltweiten Fälle von Sklaverei juristisch untersucht und strafrechtlich verfolgt, hieß es weiter. Nötig seien deshalb »auch in Deutschland der Ausbau und die langfristige Finanzierung von Beratungsstellen für Betroffene von Arbeitsausbeutung sowie regelmäßige Kontrollen des Zolls«, betonte RLS-Projektleiterin Eva Wuchhold. Um Sklaverei endgültig abzuschaffen, müsse zudem die Anti-Sklavereibewegung stärker unterstützt werden.

Billiges Fleisch, billiger Saft, niedrige Löhne

Der Kampf gegen Schuldknechtschaft in Brasilien hat unter der Regierung von Jair Bolsonaro herbe Rückschläge erfahren

Landarbeiter in Brasilien leiden oft unter sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen. Ihre Lage hat mit Monopolisierung der Verarbeitung und mit dem Preis von in Deutschland verkauften Produkten zu tun.

JANA FRIELINGHAUS

Unter dem Präsidenten Luiz Inácio »Lula« da Silva gab es in Brasilien etliche Fortschritte im Kampf gegen extreme Ausbeutung im Land. So wurden sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse durch einen Zusatzartikel im Strafrecht verboten. Eine mobile Sonderinspektion wurde geschaffen, 2003 und 2008 wurden nationale Pläne zur Abschaffung der Sklavenarbeit beschlossen.

Allerdings gab es diese zu Lulas Zeiten wie auch unter seiner von 2011 bis 2016 amtierenden Nachfolgerin Dilma Rousseff weiter in großem Umfang. Es fehlte an Personal für Kontrollen. Zudem, das berichteten brasilianische Gewerkschafter vor einigen Jahren in

Berlin, werden Arbeitsschutzinspektoren immer wieder bedroht. Und seit Amtsantritt des rechtsradikalen Präsidenten Jair Bolsonaro Anfang 2019 ist die Bekämpfung ausbeuterischer Verhältnisse um Jahre zurückgeworfen. Der Lage im größten Land Südamerikas ist ein Kapitel im »Atlas der Versklavung« gewidmet. Demnach wurden die Mittel für den Kampf gegen Sklavenarbeit 2020 um 41 Prozent gekürzt.

Im Atlas wird ein Fall geschildert, über den 2018 der Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte urteilte. Arbeiter einer Rinderfarm im Bundesstaat Pará im Norden des Landes hatten den brasilianischen Staat wegen Vernachlässigung seiner Schutzpflichten verklagt. Entgegen vorheriger Versprechungen erhielten sie extrem niedrige oder gar keine Lohnzahlungen. Ihnen wurde erklärt, die Entgelte würden für die Abzahlung von Schulden einbehalten, die sie beim Inhaber des Betriebes hätten. Für den Fall, dass sie

versuchen sollten, die Farm zu verlassen, wurde ihnen mit dem Tod gedroht. Zudem waren sie unter unwürdigsten Bedingungen untergebracht. Obwohl Inspektoren die Ranch seit 1989 nach Beschwerden von Arbeitern immer wieder aufsuchten, änderte sich nie etwas. 1997 kam es zwar zu Strafverfahren gegen den Personalvermittler, den Verwalter und den Eigentümer der Farm. Das Verfahren gegen letzteren wurde gegen Zahlung eines Bußgelds eingestellt, die anderen Beschuldigten profitierten von einer Verjährungsfrist, die zum Tragen kam, weil das Gericht so lange untätig geblieben war.

Ähnlich lief es bei einem weiteren Verfahren. Der Interamerikanische Gerichtshof verurteilte den brasilianischen Staat zur Zahlung von Schadenersatz an 128 Opfer von Zwangsarbeit und forderte, das strafrechtliche Verfahren müsse wieder aufgenommen, die verschiedenen Formen der Sklaverei von der Verjährung ausgenommen werden.

In den letzten 25 Jahren wurden in Brasilien mehr als 56 000 Menschen aus sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnissen befreit, die nicht nur im Agrarsektor, sondern auch im Bergbau, in der Bau- und in der Bekleidungsbranche an der Tagesordnung sind.

Brasilianische Gewerkschafter schilderten auf einer Reise durch die Bundesrepublik vor einigen Jahren auch die Verhältnisse auf brasilianischen Orangenplantagen als sklavereiähnlich. Weil aus Brasilien 80 Prozent global gehandelten Orangensafts kommen und das Getränk in Deutschland billig verkauft wird, kämpfen die Gewerkschaft Verdi, die Christliche Initiative Romero (CIR) und andere Gruppen schon seit 2013 darum, dass die deutsche Lebensmittelketten auf menschenwürdige Bedingungen entlang der Lieferkette vom Orangenhain über die Verarbeitung der Früchte bis zum Transport dringen.

Mittlerweile wird in der Bundesrepublik in einem kleinen Marktsegment tatsächlich

fair produzierter und gehandelter Saft verkauft. Dies ist Ergebnis der Aktivitäten der »Partnerschaft für nachhaltigen Orangensaft«, die ihre Organisation mit initiiert habe, berichtete Andréa Moraez Barros von der CIR am Mittwoch im Gespräch mit »nd«.

Doch die meisten Orangenpflücker werden noch immer extrem ausgebeutet. Das liegt daran, dass drei brasilianische Konzerne den allergrößten Teil der Früchte verarbeiten und daher den Plantagenbesitzern nicht kostendeckende Preise diktieren können. Die Farmer geben den Druck an die Erntehelfer weiter: Von ihnen angestellte Mitteleuropäer heuern Arbeiter an und sind auch für deren Bezahlung zuständig. Den geringen Lohn für die harte Arbeit behalten sie zum großen Teil oder vollständig ein: Sie berechnen den Erntehelfern horrenden Kosten für den Transport von Plantage zu Plantage, für die Unterbringung in Bruchbuden und für die miserable Verpflegung.